



NIE WIEDER !

NACHRICHTEN EUROPÄISCHER BÜRGERINITIATIVEN

Ausgabe 01 / 2010

Verantwortlich für die Beilage des „13.“ Günter Annen

Cestarostraße 2, D-69469 Weinheim

Tel. und Fax: 0049 (0) 6201-2909929/28

E-Mail: info@babycaust.de

Geht Abtreibungsgegner zu weit?

Am 28.12.2009 erhielt ich Post aus Waldkraiburg. Der Abtreiber Dr. Christian Dorn aus Waldkraiburg, hatte beim Landgericht Traunstein eine „einstweilige Verfügung“ erwirkt.

Unter der Überschrift „Pfarrer geht klar auf Distanz“ berichtete die „ovb-online“ (Zusammenschluß mehrerer Zeitungen) am 1.8.2009 von einer Gebets-Vigil, zu der die „Helfer für Gottes kostbare Kinder“ eingeladen hatten. Nach einer Prozession versammelten sich die Beter vor der Praxis des Abtreibers.

Der Pfarrer von Waldkraiburg, **Martin Garmaier**, distanzierte sich von der betenden Gruppe, nachdem ein Flugblatt aufgetaucht war, das die Abtreibung als Mord

bezeichnete. Ich habe von dem Vorfall erfahren und auf meiner Internetseite einen Bericht veröffentlicht. Dazu bemerkte ich, daß die katholische Lehre in Bezug auf Abtreibung eindeutig sei.

Pfarrers Polemik

Wenn ein katholischer Priester von dieser Feststellung abrückt und die Tötung eines unschuldigen, ungeborenen Menschen nicht mehr Mord genannt werden darf, so hat er sich von der katholischen Lehre entfernt, so habe ich auf meiner Homepage geschrieben. Außerdem stellte ich ein Bild des Abtreibers auf die Internetseite, sowie seine Handy-Nummer und forderte die Besucher der Seite auf, den „Dok-

tor“ anzurufen und ihm das Übel der Abtreibung zu erklären. Die Reaktion ließ nicht lange auf sich warten! „Abtreibungsgegner geht zu weit“ war in der „Waldkraiburger Zeitung“ zu lesen. Im Bericht wurde von einer Internet-Hetze gegen den Frauenarzt Dr. **Dorn** und gegen Pfarrer **Garmaier** gesprochen. Nach meinem Empfinden handelt es sich aber eher um eine Kampagne gegen die Lebensschützer, die von der „Waldkraiburger Zeitung“ ins Rollen gebracht wurde. Es ist außerdem paradox, wenn ein katholischer Pfarrer eine Gebetsaktion der Münchner Gruppe „Helfer für Gottes kostbare Kinder“ vor der Praxis eines Massentöters nicht unterstützt, sondern dagegen polemisiert.

„Pille danach“

Die Österreichische Ärztekammer (ÖÄK) bedauert die Freigabe der „Pille danach“ durch das Gesundheitsministerium: Sollte das Präparat nämlich wirklich für alle Frauen ohne Altersbeschränkung freigegeben werden, könnten es auch junge Mädchen erhalten. Sorgen bereitet den Ärzten, auch daß keine Kontrolle der Anwendung gegeben ist, da es sich um ein frei verkäufliches Präparat handelt.

Wie nötig hätten wir Lebensschützer die Unterstützung von Bischöfen und Priestern!

Ich konnte in Erfahrung bringen, daß der Abtreibungsarzt aus einem sehr strengen katholischen Elternhaus stammt. Ob Herr Pfarrer Garmaier den Mediziner aufmerksam machte, daß die Abtreibung die Exkommunikation zur Folge habe?

Ich werde mir erlauben, den hochwürdigen Herrn Pfarrer zu fragen.

Laut Gerichts-Beschluß untersagte mir das Landgericht Traunstein, ein Bild des Abtreibers und seine Handy-Nummer auf meiner Homepage zu veröffentlichen, denn das sei eine Verletzung persönlicher Rechte. Darüber hinaus wurde mir verboten, im Internet Leute zu bitten, den „Doktor“ anzurufen oder ein Email zu schreiben. Das Gericht drohte mir mit einem Ordnungsgeld von bis zu zweihundertfünfzigtausend Euro oder bis zu sechs Monaten Ordnungshaft, wenn ich dagegen verstoße.

Bei diesen „Preisen“ ist es bald vorbei mit unserer viel gepriesenen und gelobten Meinungsfreiheit im Rechtsstaat Deutschland. G. Annen

Der Aufkleber „Warnung“ ist schockierend. Ähnliche Aufkleber können ebenso wie der rechts verkleinert dargestellte und eine Reihe von Flugblättern bei der Bürgerinitiative „Nie Wieder“ (Cestoro-Str. 2, D- 69469 Weinheim) bestellt werden.

WARNUNG!



Getötet in der 10./11. Schwangerschaftswoche!

Jede Abtreibung tötet ein Kind und gefährdet die Gesundheit der Mutter!

www.Babycaust.de

Muslime nicht konsequent gegen Abtreibung

An den Info-Ständen gegen die Abtreibung erhält man interessanterweise oft Unterstützung von Muslimen. Nicht selten kamen mir diese „zu Hilfe“, wenn heftige Diskussionen mit Katholiken oder Protestanten im Gange waren. Sie verteidigten lebhaft das Lebensrecht der ungeborenen Kinder.

Einerseits war ich sehr erfreut, andererseits ärgerte ich mich aber, weil gerade Katholiken oder Protestanten sich von einer klaren Aussage drückten. Immer wieder flüchteten die Leute in Ausreden und hofften, daß auch der „liebe“ GOTT ihre Ausreden akzeptieren würde.

Vor einigen Tagen bin ich durch Zufall auf die Internet-

seite einer Frauenärztin in Istanbul (Türkei) gestoßen. Google hatte diese Seite angezeigt, weil sie in deutsch geschrieben war und der Inhalt sich mit dem Abortus und der Cürettage befaßte.

Durch meine Erfahrungen an den Infoständen in den Fußgängerzonen interessierte mich dieser Beitrag, den ich aufmerksam gelesen habe.

Was ich da erfuhr, paßte gar nicht zusammen mit den Einstellungen der Muslime in Deutschland, jedenfalls nicht, wie ich es oft gehört hatte. Da hieß es nämlich: „In der Türkei wird die Abtreibung bis zur 10. Schwangerschafts-Woche erlaubt. Bei ledigen Frauen ist die eigene Einverständnis-Erklärung

ausreichend. Bei verheirateten Frauen ist eine Erlaubnis des Ehemanns erforderlich.

Die Preise (Anm.: für die Abtreibung) hängen von der Größe (Anm.: des ungeborenen Kindes) und Art (Anm.: Methode der Abtreibung, mit/ohne Narkose) ab. Das können Sie per Anruf erfahren.“

Ich war sprachlos und wollte oder konnte das nicht glauben. Aus diesem Grunde nahm ich Kontakt mit Muslimen in Deutschland auf, die bei uns eine Webseite betreiben.

Ich erhielt folgende Antwort: „Die Infos auf der Seite (Anm.: Internetseite der Ärztin) dürften stimmen. Zwar hat das nicht direkt mit

dem Islam zu tun, aber indirekt schon. Man geht im Islam davon aus, daß die „Einhauchung“ der Seele im dritten Monat erfolgt. Daher ist die Abtreibung vor diesem Zeitpunkt als geringere Sünde gewertet, als danach! Aber es bleibt verboten. Allerdings, falls vor diesem Zeitpunkt der Schaden für die Frau dermaßen erheblich sein sollte, daß die Abtreibung das geringere Übel ist, wird es hingenommen. Nach Einhauchung der Seele kann nur noch der Lebensverlust der Frau – fall sie nicht abtreibt – dazu führen, daß es akzeptiert wird. Das türkische Gesetz ist ein Mischmasch aus Islam und „West“ mit ein bißchen Militärdiktatur, sodaß man die Gesetze nicht richtig zuordnen kann.“

Mit diesem Hintergrund werde ich daher in Zukunft die Gespräche mit Muslime über die Abtreibung anders werten müssen. Der liberale Westen beeinflusste die Muslime allgemein sehr negativ, und das nicht nur in der Abtreibungsfrage. **G. Annen**

500.000 Unterschriften von Lebensschützern

Die Aktion Lebensrecht für Alle (ALfA) hat dem Präsidenten des Europaparlaments Jerzy Buzek 500.000 Unterschriften übergeben.

„Europa muß das Recht auf Leben stärker respektieren und umfassender schützen“, forderte ALfA-Bundvorsitzende **Claudia Kaminski** in Straßburg. Wie die Aktion weiter mitteilte, trafen am gleichen Tag Lebensrechtler aus ganz Euro-

pa mit **Buzek** zusammen. Sie übergaben ihm demnach die Europäische Petition „Für das Leben und die Würde des Menschen“ sowie eine halbe Million Unterschriften.

In der Petition bekennen sich die Unterzeichner zu einem Recht auf Leben „von der Zeugung bis zum natürlichen Tod“. Sie fordern das Europaparlament auf sicherzustellen, daß internationale Grund- und Menschenrechtsabkommen entsprechend in-

terpretiert werden. Den feierlichen Worten in den völkerrechtlichen Dokumenten müßten Taten folgen.

Unter anderem fordern die Unterzeichner auch einen sofortigen Stopp der finanziellen Förderung verbrauchender Forschung an menschlichen Embryonen. – Die ALfA hat nach eigenen Angaben mehr als 10.000 Mitglieder und ist Mitglied im Bundesverband Lebensrecht (BVL).

Abtreibungsambulanz in Mechelen

Weil die örtlichen Krankenhäuser die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen verweigern, erhält das belgische Mechelen ein von der Stadt getragenes Abtreibungszentrum.

Der Gemeinderat stimmte dem Vorschlag zu. Lebens-

schützer protestierten vor Beginn der Sitzung gegen das Vorhaben.

Der liberale Bürgermeister **Bart Somers** begründete die Initiative damit, daß betroffene Frauen für eine Abtreibung nicht mehr in die umliegenden Städte fahren sollten. Die seit einem Jahr von

der Caritas geführten Krankenhäuser hätten zuletzt neun von zehn Eingriffe verweigert und nur im Notfall Abtreibungen durchgeführt.

Medien zitierten Kommunalpolitiker mit dem Hinweis, die neue Ambulanz sei vor allem für junge Mädchen wichtig.

Jubiläum

Die Jugend für das Leben, machte auf ein trauriges Jubiläum aufmerksam: Am 1. Jänner 1975 trat die so genannte Fristenregelung in Kraft. Dieser schwere Verstoß des Gesetzgebers gegen das Naturrecht und gegen die Vernunft hat dazu geführt, daß in den 35 Jahren seit 1975 hunderttausende Ungeborene getötet wurden und die Kassen von Abtreibern gut gefüllt wurden: eine Bilanz des Todes.